

**Zeitschrift:** FemInfo / Verein Feministische Wissenschaft Schweiz = Association suisse femmes, féminisme, recherche

**Herausgeber:** Verein Feministische Wissenschaft Schweiz

**Band:** - (2021)

**Heft:** 57

  

**Artikel:** Männerstaat Schweiz : der republikanische Staat und die Gleichheit = La Suisse, un État d'hommes : l'État républicain et l'égalité

**Autor:** Wecker, Regina

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1098517>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Männerstaat Schweiz

### Der republikanische Staat und die Gleichheit

TEXT: REGINA WECKER

**Warum hat es so lange gedauert bis endlich auch in der Schweiz das Frauenstimm- und Wahlrecht eingeführt wurde? Für die offizielle Schweiz war klar: Es lag am politischen System, daran, dass die Männer darüber abstimmen mussten. Eine höchst unvollständige Erklärung, welcher dieser Beitrag mit Antworten sowohl auf der Ebene des Staatsverständnisses wie auch auf der Ebene der juristischen Auslegung von «Gleichheit» nachgehen will.**

«Der Staat bin ich – was geht das die Frauen an?» So persifliert ein Basler Abstimmungs-Plakat aus dem Jahr 1927 den Schweizer Stimmrechtsgegner, um dann für das Stimmrecht mit der Aufforderung zu werben: «Wer kein Spiessbürger ist, stimmt ja.» Nicht nur der Spiessbürger war gegen das Stimm-

recht: Die Gegnerschaft nährte sich auch aus dem republikanischen Staatsverständnis, das in der Schweiz eng mit dem Gründungsmythos verbunden war.<sup>1</sup> Da war der Schwur der drei wehrhaften Eidgenossen, der durch einen Bundesratsbeschluss von 1890 als Nationalfeiertag auf den 1. August gelegt wurde. In dieser Erzählung hatten Frauen als Staatsbürgerinnen keinen Platz und so argumentierte dann auch Nationalrat Josef Schuler (Schwyz) in der Nationalratsdebatte 1945: «1291 sind auf dem Rütli nur Männer gewesen. Da hat man keine Frauen gesehen. Die Stauffacherin aber hat damals, [...] zu Stauffacher gesagt, «Sieh vorwärts, Werner, und suche Freunde, dass man die Vögte auf die Seite bringen kann.» Sie hat einen gewissen Einfluss gehabt, ohne dass das Stimmrecht vorhanden gewesen wäre.»<sup>2</sup>

Regina Wecker ist emeritierte Professorin für Frauen- und Geschlechtergeschichte der Universität Basel. Sie ist zur Zeit Präsidentin des Stiftungsrates des Forschungs- und Publikationsprojekts zur Basler Geschichte: Stadt-Geschichte-Basel. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Lohnarbeit, der Eugenik und die Rechtsgeschichte.

## **Republikanismus und die Gleichheit «aller Schweizer»**

Zur Tradition des liberalen, republikanischen Staatskonzepts gehörte es, dass man den Frauen die Eigenschaften absprach, die den Anspruch auf Gleichheit und damit auf die Ausübung der gleichen politischen Rechte legitimierten.<sup>3</sup> Dazu gehörten physische und geistige Fähigkeiten, sowie die ökonomische Unabhängigkeit. Aber auch – ausgerechnet – die Fähigkeit zur Mutterschaft disqualifizierte sie. So wurde in den Abstimmungsplakaten noch bis in die sechziger Jahre glaubhaft gemacht, dass Mutter- und Hausfrauenpflichten unter der Einführung des Stimmrechts leiden würden.<sup>4</sup> Mutterschaft wurde geradezu als Essenz des Andersseins stilisiert, die Frau an der Ausübung der Rechte hinderte.

Da seit 1848 auf eidgenössischer Ebene die Trennlinie zwischen Stimmberechtigten und Nichtstimmberechtigten entlang der Geschlechterlinie verlief, wurde das Stimmrecht zu einem Recht, das den Mann als Mann definierte. Dieses Recht mit Frauen zu teilen, tat der Männlichkeit Abbruch. Nationalrat Schuler führte an: «Wenn jetzt so ein Mann Ratsherr,

Gemeinderat oder gar Nationalrat geworden ist, hat bis jetzt die Frau einen gewissen Stolz gehabt und gesagt. «Mein Mann ist etwas.» Wenn nun aber die Frau Gemeinderat, Kantonsrat oder gar Nationalrat wird, der Mann aber nicht, wie muss man dann dem Mann sagen? Ich glaube, das würde den Mann geradezu erniedrigen.»<sup>5</sup>

## **Die juristische Auslegung der Gleichheit**

Die Bundesverfassungen von 1848 und die Revision von 1874 halten fest: «Alle Schweizer sind vor dem Gesetz gleich.» Dass daraus zu schliessen sei: «die Bundesverfassung postuliere die volle rechtliche Gleichstellung der Geschlechter auf dem Gebiete des gesamten öffentlichen und Privatrechts, so ist diese Auffassung ebenso neu als kühn; sie kann aber nicht gebilligt werden.»<sup>6</sup> Das hatte das Bundesgericht auf die Klage von Emilie Kempin-Spyri entschieden, die im Jahre 1887 unter Berufung auf das Gleichheitspostulat ihren Mann vor Gericht vertreten wollte. Was die Zulassung zum Anwaltsberuf angeht, hatte das Bundesgericht seinen Entscheid zwar 1914 und 1924 revidiert, und sich ausdrücklich von dem alten

Entscheid distanziert, das Stimm- und Wahlrecht und seine Auslegung von Gleichheit aber war von dieser Revision nicht betroffen.

Mit «alle Schweizer» waren nur Männer gemeint, der Bundesgerichts-Entscheid blieb Referenz. Für eine Änderung des Wahlrechts, so war man sich einig, brauche es eine Verfassungsänderung. Eine Neuinterpretation der Bundesverfassung – und eine Einführung des Frauenstimmrechts auf diesem Wege – wäre nur möglich, wenn die Ungleichbehandlung, die aus der Interpretation von «alle Schweizer» entstand, einem bestehenden gesellschaftlichen Konsens widerspräche. Dieser Konsens aber musste mit der Volksabstimmung ausgelotet werden – also unter Männern. Ein perfekter Teufelskreis.

## **Das Primat der männlichen Volksentscheide**

Versuche im Kanton Bern in den 1920er Jahren, die Eintragung von Frauen ins Stimmregister zu erreichen, blieben erfolglos. In den 1950er Jahren versuchte man erneut auf dem Interpretationsweg zur politischen Gleichstellung zu gelangen. Peter von Roten, Walliser Nationalrat und Ehemann der Feministin Iris von Roten, versuchte in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verband für Frauenstimmrecht

(SVF), eine Änderung durch Ergänzung des Bundesgesetzes betreffend Volksabstimmungen zu erreichen.<sup>7</sup> Der Bundesrat sprach sich, mit Hinweis auf die Meinung «massgeblicher Juristen», dagegen aus. Am Primat der «Volksabstimmung» liess sich nicht rütteln. Und so dauerte es nochmals 20 Jahre, bis 1971 in der zweiten eidgenössischen Abstimmung die männlichen Stimmbürger das Frauenstimm- und Wahlrecht bewilligten und der Art. 74 der Bundesverfassung wie folgt ergänzt wurde: «In den eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen haben Schweizer und Schweizerinnen die gleichen politischen Rechte und Pflichten.»

Damit war die Angelegenheit aber noch nicht beendet. Abs. 4 von Art. 74 besagte nämlich: «Für Abstimmungen und Wahlen der Kantone und Gemeinden bleibt das kantonale Recht vorbehalten». Die Kantone konnten sich Zeit lassen. Bis 1972 hatten fast alle ihre Verfassungen geändert und bis 1983 wurde auch in fast allen Gemeinden das Frauenstimm- und Wahlrecht eingeführt. Nur die beiden Appenzell scherten bekanntlich aus. Die Versuche Artikel 74 zu ändern oder seinen Abs. 4 abzuschaffen, damit auch die letzten Kantone ihren Widerstand aufgeben mussten, scheiterten aus Rücksicht auf die Unabhängigkeit der

Kantone. Nach mehreren vergeblichen Abstimmungen bewilligte schliesslich 1989 die Landsgemeinde von Appenzell Ausserrhoden das kantonale Stimm- und Wahlrecht der Frauen mit knappem Handmehr. Die Landsgemeinde von Appenzell Innerrhoden aber lehnte am 29.4. 1990 die Einführung erneut ab.

Inzwischen war Theresa Rohner aus Appenzell, nach der Ablehnung ihres Antrags auf Teilnahme an der Landsgemeinde, mit einer Stimmrechtsbeschwerde ans Bundesgericht gelangt. Sie machte geltend, dass der Ausschluss der Frauen vom Stimm- und Wahlrecht im Widerspruch zu Art. 4 der Bundesverfassung stehe.

Die Ergänzung von Art 4 der Bundesverfassung (BV), durch Absatz 2: «Mann und Frau sind gleichberechtigt» hatte Gleichheit 1981 eindeutig definiert und liess keinen Interpretationsspielraum mehr darüber, wer mit «alle Schweizer» gemeint war. Die Frage blieb, wie weit die Ablehnung der Landsgemeinde aufgrund der in Art. 74 des Wahlgesetzes verankerten Souveränität der Kantone legitim war. Das Bundesgericht argumentierte, dass eine so wichtige Ausnahme wie das Wahlrecht explizit unter dem Gleichheitsgebot von Art. 4 hätte aufgeführt werden müssen, wenn das der Gesetzgeber intendiert hätte.

Zwar hatte man darauf verzichtet, dem Gesetzgeber eine Frist für Anpassungen zu setzen, aber der Kanton hätte seit 1981 genug Zeit gehabt, seine Gesetzgebung anzupassen. Das Bundesgericht entschied also am 27.11.1990 einstimmig, dass «den Frauen die politischen Rechte im Kanton Appenzell Innerrhoden gestützt auf Art. 16 Abs. 1 der Kantonsverfassung (KV) in Verbindung mit den Art. 4 Abs. 2 BV und 6 Abs. 2 BV zustehen.»<sup>8</sup> Und das sofort: Denn die Formulierung von Art. 16 der Kantonsverfassung, dass «alle im Kanton wohnhaften Landleute sowie die übrigen Schweizer» wahlberechtigt sind, legitimiere gar keinen Ausschluss der Frauen. Nach dem heutigen Verständnis würden – entgegen der bisherigen Auslegung der Verfassung – unter «Schweizern» auch Frauen verstanden. Zudem umfasse der Begriff «Landsleute» auch umgangssprachlich Frauen und Männer. Es bedurfte also keiner Änderung der Kantonsverfassung.

Ausserhalb von Appenzell Innerrhoden war man froh, dass das Bundesgericht die Schweiz von diesem Makel der geradezu lächerlichen Rückständigkeit befreit hatte und lobte den mutigen Entscheid. «Das war kein besonders mutiger Entscheid – er war fällig», sagt die ehemalige Bundesrichterin Katrin

Klett, die einzige Frau, die an dieser Bundesgerichts-Entscheidung beteiligt war.<sup>9</sup>

Das Bundesgericht hatte den Teufelskreis der historischen Verfassungsinterpretation des Begriffs «alle Schweizer» durchbrochen, den der «Kempin-Spyri»-Entscheid 1887 etabliert hatte. Die Argumentation des Bundesgerichts zeigt aber auch die Begrenztheit der Möglichkeiten von Neuinterpretationen durch die Rechtsprechung. «Erst wenn sich», so das Bundesgericht, «die Auslegung [...] angesichts der Änderung der Verhältnisse [...] nicht mehr halten lässt», ist eine Neuinterpretation möglich. Das zu beweisen dürfte auch weiterhin nicht leicht fallen, angesichts der «Stabilität» gesellschaftlicher Vorurteile. Allerdings sind die Chancen des Umbaus des Männerstaates Schweiz durch die Vertretung der Frauen in den Parlamenten und den Gerichten erheblich gestiegen.

- 1 Vgl. Seitz, Werner: Auf die Wartebank geschoben. Der Kampf um die politische Gleichstellung der Frauen in der Schweiz seit 1990. Zürich 2020.
- 2 Amtliches Sten. Bulletin der Nationalratssitzung vom 12.12.1945.

- 3 Vgl. Arni, Caroline: Einführung. In: Jeder Frau ihre Stimme. 50 Jahre Schweizer Frauengeschichte 1971-2021, Zürich 2020, S.10-20.
- 4 Vgl. Wecker, Regina: «Der Staat bin ich, was geht das die Frauen an?» Plakate in der Auseinandersetzung um das Frauenstimmrecht im Kanton Basel-Stadt, in: Kreis (Hg.) Das Basler Frauenstimmrecht 1966. Basel 2016, S. 127-147.
- 5 Schuler, wie Anm. 2.
- 6 BGE 13,1 vom 29.1.1887.
- 7 Vgl. Mesmer, Beatrix: Verfassungsrevision oder Interpretationsweg? in: Schweizerischer Verband für Frauenrechte (Hg.) Der Kampf um gleiche Rechte. Basel 2009, S. 88–100.
- 8 BGE 116 Ia 359 vom 27.11.1990.
- 9 Telefongespräch mit Dr. Kathrin Klett, Bundesrichterin bis 2019, am 2.2.2021

## La Suisse, un État d'hommes

### L'État républicain et l'égalité

TEXTE : REGINA WECKER

TRADUCTION : ALEXANDRA CINTER

**Pourquoi a-t-il fallu autant de temps pour que le droit de vote des femmes soit enfin instauré en Suisse? L'explication semblait claire: au fait qu'il revenait aux hommes de voter sur le sujet. Une explication très incomplète que cette contribution se propose d'examiner, en apportant des réponses ayant trait à la conception de l'État et à l'interprétation juridique de l'«égalité».**

«L'État, c'est moi – donc en quoi est-ce que ça concerne les femmes?», ainsi une affiche de vote bâloise de 1927 fait-elle la satire des opposants suisses au vote des femmes, pour ensuite plaider en sa faveur: «Si vous n'êtes pas un petit-bourgeois, votez oui». Mais il n'y avait pas que les petits-bourgeois qui étaient contre le droit de vote: l'opposition se nourrissait également d'une conception républi-

caine de l'État, en Suisse étroitement liée au mythe fondateur.<sup>1</sup> Il y avait le serment des trois vaillants Confédérés, érigé en fête nationale et fixé au 1er août par décision du Conseil fédéral en 1890. Dans ce récit, les femmes n'avaient aucune place en tant que citoyennes. Ainsi le conseiller national Josef Schuler (Schwyz) argumentait-il lors du débat du Conseil national de 1945: «En 1291, sur le Grütli, il n'y avait que des hommes. On n'y a pas vu de femmes. Mais à l'époque, la Stauffacher a dit [...] à son mari: «Pense à l'avenir, Werner, et cherche-toi des amis, que l'on puisse mettre les baillis de côté.» Sans avoir le droit de vote, elle a eu une influence certaine».<sup>2</sup>

#### **Le républicanisme et l'égalité de «tous les Suisses»**

C'était dans la tradition d'une conception libérale et

# La Suisse, un État d'hommes

Regina Wecker est professeure émérite en histoire des femmes et du genre à l'université de Bâle. Elle est actuellement présidente du conseil de fondation du Stadt-Geschichte-Basel, projet de recherche et de publication sur l'histoire bâloise. Ses domaines de recherche sont l'histoire du salariat, de l'eugénisme et du droit.

républicaine de l'État de dénier aux femmes les qualités qui légitiment le droit à l'égalité et donc l'exercice des mêmes droits politiques que les hommes.<sup>3</sup> Ces qualités étaient d'ordre physique et intellectuel ou concernaient l'indépendance économique. Mais aussi – précisément – la capacité d'être mère les disqualifiait. Ainsi, les affiches de votations, encore jusque dans les années 1960, ont diffusé l'idée que les devoirs de mère et de ménagère souffriraient de l'introduction du droit de vote.<sup>4</sup> La maternité a été pour ainsi dire érigée en essence de l'altérité, empêchant les femmes d'exercer leurs droits.

Depuis 1848, sur le plan fédéral, la ligne de démarcation entre les Suisses disposant du droit de vote et ceux n'en disposant pas suit la frontière des genres. Dès lors, ce dernier est devenu un droit définissant l'homme en tant que tel et le partager avec les femmes portait atteinte à la masculinité. Le conseiller national Schuler soulignait ainsi: « Actuellement, si un homme devient conseiller municipal, communal ou même national, sa femme éprouve une certaine fierté et se dit « Mon homme, c'est quelqu'un ». Mais si maintenant la femme devenait conseiller commu-

nal, député ou même conseiller national, et pas son mari, qu'est-ce que l'homme dira? Je pense que ça humilierait tout simplement l'homme ».<sup>5</sup>

## L'interprétation juridique de l'égalité

La Constitution fédérale de 1848 et sa révision de 1874 prévoient que « tous les Suisses sont égaux devant la loi ». De là à en conclure que « la Constitution postule la complète égalité juridique des genres dans l'ensemble du droit public et privé, est une vision aussi nouvelle qu'audacieuse; mais elle ne peut être approuvée »<sup>6</sup>. Ainsi en avait décidé le Tribunal fédéral dans le cadre de la plainte d'Emilie Kempin-Spyri, qui en 1887 voulait représenter son mari au tribunal, invoquant le principe d'égalité. Concernant l'autorisation d'exercer le métier d'avocat, le Tribunal a certes révisé son jugement en 1914 et en 1924, se distanciant expressément de son ancienne décision, mais le droit de vote et son interprétation de la notion d'égalité n'ont pas été affectés par cette révision.

Par « tous les Suisses », on n'entendait que les hommes, et la décision du Tribunal fédéral demeurait

une référence. Modifier le droit de vote, on était d'accord là-dessus, nécessitait un changement de la Constitution. Une nouvelle interprétation de celle-ci – et l'instauration du suffrage féminin par cette voie – ne semblait possible qu'à condition qu'il existe un consensus social s'opposant à l'inégalité de traitement générée par l'interprétation de ce qu'on entendait par « tous les Suisses ». Or, mesurer ce consensus impliquait le recours à une votation populaire, donc aux hommes. Un parfait cercle vicieux.

## **Le primat des décisions populaires masculines**

Les tentatives faites dans le canton de Berne dans les années 1920 pour faire inscrire les femmes au registre électoral ont échoué. Dans les années 1950, on essaya à nouveau d'atteindre l'égalité politique par la voie interprétative. Peter von Roten, conseiller national valaisan et époux de la féministe Iris von Roten, a tenté, en collaboration avec l'Association suisse pour le suffrage féminin (ASSF), d'obtenir un changement en complétant la loi fédérale sur le vote populaire.<sup>7</sup> Le Conseil fédéral s'y est opposé, s'appuyant sur l'avis de « juristes faisant autorité ». Le primat du vote du « peuple » ne put être remis en cause. Il a ainsi fallu encore 20 ans jusqu'à ce qu'en 1971, lors de la

deuxième votation fédérale, les électeurs masculins approuvent le suffrage féminin et que l'art. 74 de la Constitution fédérale soit complété comme suit : « Les Suisses et les Suissesses ont les mêmes droits et les mêmes devoirs en matière d'élections et de votations fédérales ».

Mais ce n'était pas la fin de l'affaire. L'alinéa 4 de l'art. 74 précisait en effet : « Le droit cantonal demeure réservé pour les votations et élections cantonales et communales ». Les cantons pouvaient ainsi prendre leur temps. En 1972 ils avaient presque tous modifié leur constitution et en 1983 le droit de vote des femmes avait également été introduit dans presque toutes les communes. Comme on le sait, seuls les deux cantons d'Appenzell manquaient à l'appel. Les tentatives de modifier l'art. 74 ou de supprimer son alinéa 4 afin de contraindre les derniers cantons à abandonner leur résistance ont échoué en raison du respect de leur indépendance. En 1989, après plusieurs votations infructueuses, la Landsgemeinde d'Appenzell Rhodes-Extérieures a finalement approuvé à une courte majorité le droit de vote des femmes au niveau cantonal. La Landsgemeinde d'Appenzell Rhodes-Intérieures en revanche le rejetait une nouvelle fois le 29 avril 1990.

Entre-temps, l'Appenzelloise Theresa Rohner, suite au rejet de sa demande de participation à la Landsgemeinde, avait déposé une plainte concernant le droit de vote auprès du Tribunal fédéral, faisant valoir que l'exclusion des femmes de ce droit était contraire à l'art. 4 de la Constitution fédérale.

L'ajout, en 1981, de l'alinéa 2 à l'art. 4 de la Constitution fédérale, selon lequel « l'homme et la femme sont égaux en droits », avait clairement défini l'égalité et ne laissait aucune place à l'interprétation de ce qu'on entendait par « tous les Suisses ». La question demeurait de savoir jusqu'où le refus de la Landsgemeinde, au motif de la souveraineté des cantons prévue par l'art. 74 de la loi sur le vote, était légitime. Le Tribunal fédéral répondit par l'argument qu'une exception aussi importante que le droit de vote aurait dû être explicitement mentionnée dans l'art. 4 sur le principe d'égalité si c'était là l'intention du législateur. On avait certes renoncé à fixer au législateur un délai pour modifier la loi, mais le canton avait eu assez de temps depuis 1981 pour adapter celle-ci. Le 27 novembre 1990, le Tribunal fédéral décide donc à l'unanimité que « les femmes du canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures jouissent des droits politiques », sur la base de l'art. 16, al. 1 de la Constitution cantonale

en lien avec les art. 4, al. 2 Cst et 6, al. 2 Cst.<sup>8</sup> Et cela immédiatement, car la formulation de l'art. 16 de la Constitution cantonale selon laquelle « tous les Appenzellois [Landsleute] résidant dans le canton ainsi que les autres Suisses » ont le droit de vote ne légitime en rien l'exclusion des femmes. Dans l'interprétation actuelle de la Constitution – contrairement à celle pratiquée jusqu'ici – le terme « Suisse » incluait également les femmes. En outre, dans le langage populaire, le terme « Landsleute » désignait également les hommes et les femmes. Il n'était donc pas nécessaire de modifier la Constitution cantonale.

En dehors d'Appenzell Rhodes-Intérieures, on se réjouissait que le Tribunal fédéral ait libéré la Suisse de cette tare rétrograde tout simplement ridicule et on salua cette décision courageuse. « Ce n'était pas une décision particulièrement courageuse – elle était inévitable », déclare l'ancienne juge fédérale Katrin Klett, la seule femme à avoir pris part à cette décision du Tribunal fédéral.<sup>9</sup>

Le Tribunal fédéral avait brisé le cercle vicieux de l'interprétation constitutionnelle historique des termes « tous les Suisses », instaurée par l'arrêt « Kempin-Spyri » de 1887. Les arguments du Tribunal montrent cependant aussi le caractère limité des

# La Suisse, un État d'hommes

possibilités de réinterprétation de la loi dans le cadre de la jurisprudence. Comme il le précise, une réinterprétation n'est possible que si l'interprétation n'est plus tenable compte tenu du changement des circonstances. Prouver cela continuera sans doute de ne pas être facile, étant donné la « stabilité » des préjugés de la société. Toutefois, les chances de transformer cet État d'hommes qu'est la Suisse ont considérablement augmenté avec la représentation des femmes dans les parlements et les tribunaux.

- 1 Cf. Seitz, Werner: Auf die Wartebank geschoben. Der Kampf um die politische Gleichstellung der Frauen in der Schweiz seit 1990. Zurich 2020.
- 2 Procès-verbal sténographique de la session du Conseil national du 12.12.1945. [Nous traduisons].
- 3 Cf. Arni, Caroline: Introduction. In: Jeder Frau ihre Stimme. 50 Jahre Schweizer Frauengeschichte 1971-2021, Zurich 2020, p.10-20.
- 4 Cf. Wecker, Regina: «Der Staat bin ich, was geht das die Frauen an?» Plakate in der Auseinandersetzung um das Frauenstimmrecht im Kanton Basel-Stadt, in: Kreis (éd.) Das Basler

Frauenstimmrecht 1966. Bâle 2016, p. 127–147. [Nous traduisons].

5 Schuler, voir note 2. [Nous traduisons].

6 ATF 13,1 du 29.01.1887. [Nous traduisons].

7 Cf. Mesmer, Beatrix: Verfassungsrevision oder Interpretationsweg? In: Schweizerischer Verband für Frauenrechte (éd.) Der Kampf um gleiche Rechte. Bâle 2009, p. 88–100.

8 ATF 116 Ia 359 du 27.11.1990.

9 Entretien téléphonique avec Dr. Kathrin Klett, juge fédérale jusqu'en 2019, le 02.02.2021. [Nous traduisons].